

Policy Brief

10/10

Deutschland und das „Dynamische Dutzend“: Neue Partnerschaften schaffen globale Handlungsfähigkeit

Nach der Finanz- und Wirtschaftskrise zeichnet sich langsam eine multipolare Weltordnung als neue Normalität ab. Die machtpolitische Balance verschob sich nachhaltig, auch wenn Deutschland die größte Rezession der Nachkriegszeit relativ gut überstand. Das „Dynamische Dutzend“ – eine Gruppe ehemaliger Schwellenländer von nunmehr globaler Relevanz – hat die Bühne der Weltpolitik betreten. Wenn Deutschland weiterhin global handlungsfähig bleiben will, stellt es sich auf diese Akteure ein. Dies gelingt durch entsprechende Maßnahmen auf drei miteinander verzahnten Ebenen. In diesem Policy Brief geben die Autoren dazu konkrete Empfehlungen.

I. Trends der globalen Machtverschiebung

Die Finanz- und Wirtschaftskrise offenbart zwei gegenläufige Trends: Während sich westliche Industrieländer nur langsam erholen, zeigt sich in Teilen Asiens und anderen aufstrebenden Märkten das Bild einer beschleunigten wirtschaftlichen Aufholjagd. Durch ihre anhaltende wirtschaftliche Dynamik und dauerhafte Aufwertung durch die Mitgliedschaft in der G 20 unterstreichen einzelne Schwellenländer ihre neue globale Bedeutung. Die Kombination wirtschaftlicher und politischer Machtfaktoren – u. a. Wachstum und Offenheit einer Wirtschaft, Staatsschulden und Militärausgaben, Mitgliedschaft bzw. Stimmgewicht in internationalen Gremien sowie politische Freiheit als Gradmesser von Interessenskongruenz – ergibt eine Liste von neuen Kräften mit globaler Reichweite, allen voran China, Brasilien, Indien, Russland, Indonesien, Mexiko, Südafrika, Argentinien, Südkorea, Nigeria, Vietnam und die Türkei.

Dieses „Dynamische Dutzend“ („Dynamic Dozen“) ist die neue Lokomotive der Weltwirtschaft. Fast die gesamte Zunahme des Weltwirtschaftswachstums seit 2008 ist auf diese und andere Schwellenländer zurückzuführen. Das Dynamische Dutzend trägt heute rund ein Drittel

zum globalen Wirtschaftsprodukt bei – verglichen mit einem guten Fünftel jeweils von der Europäischen Union und den USA. Diese Zahlen verdeutlichen: Der Westen verliert Macht. Das Dynamische Dutzend gewinnt sie hinzu.

Deutschland läuft Gefahr, den Entwicklungen in anderen Weltregionen mittelfristig machtpolitisch hinterherzuhinken. Denn sowohl der innere (wirtschaftliche) Motor als auch der äußere (europäische) Rahmen erfuhren eine relative wie absolute Schwächung. Während die deutsche Wirtschaft in den Jahren 2008/09 einbrach und voraussichtlich erst in zwei bis drei Jahren das Vorkrisenniveau wieder erreichen wird, verzeichneten Länder wie China, Indien und Indonesien im Krisenjahr 2009 ein robustes Wachstum zwischen 4,5 und fast 9 Prozent. Auch ist die EU durch die Euro-Schuldenkrise sowie Kompetenzstreitigkeiten geschwächt. Projektionen der Europäischen Zentralbank sehen ein Absinken der Staatsschuld auf Vorkrisenniveau nicht vor dem Jahr 2025. Während in Deutschland die Zunahme der Schulden das Wirtschaftswachstum übersteigt, rechnen Länder des Dynamischen Dutzends langfristig mit hohen Wachstumsraten bei niedrigen Schuldenständen.

Dr. Cornelius Adebahr
Fellow 2009/2010

Rainer Breul
Associate 2009/2010

Axel-Rainer Hoffmann
Associate 2009/2010

Jörn Holtmeier
Associate 2009/2010

Tina Kleingarn
Associate 2009/2010

Dr. Sören Kupke
Associate 2009/2010

Philip Madelung
Associate 2009/2010

Markus Walter
Associate 2009/2010

Neben dem entgegengesetzten Wachstum der Wirtschaft beziehungsweise der Schuldenstände verstärkte die Finanz- und Wirtschaftskrise zwei weitere Trends: eine zunehmende Konkurrenz um Rohstoffe und eine Schwächung des Systems der Global Governance. Die Verfügbarkeit von Rohstoffen verknappte sich auch durch das Wachstum von Ländern des Dynamischen Dutzends in den vergangenen Jahren deutlich. Einzelne Schwellen- bzw. Entwicklungsländer verfügen über im Westen dringend benötigte Rohstoffe. China produziert 95 Prozent der Seltenen Erden, die unter anderem für den Umbau westlicher Volkswirtschaften zu „Green Economies“ erforderlich sind. Im Boden Brasiliens wiederum lagern über 90 Prozent des für Superlegierungen in modernen Flugtriebwerken unentbehrlichen Niobiums. Schließlich bedeutet die schnelle Rückkehr der Länder des Dynamischen Dutzends zu robustem Wirtschaftswachstum, dass diese ihre Nachfrage nach Rohstoffen weiter steigern und den Export bestimmter Rohstoffe vermehrt durch Verbote, Abgaben oder Quoten einschränken werden.

Das vom Westen nach dem Zweiten Weltkrieg geschaffene System der Global Governance schwächelt, weil seine Gründer zur Aufrechterhaltung der Ordnung immer weniger in der Lage sind. Nicht nur nehmen Interventionsfähigkeit und -bereitschaft der traditionellen (westlichen) Mächte ab. Darüber hinaus werden die neuen Akteure so lange nicht die Lücke füllen, wie das System in seiner Grundstruktur und seinen Durchsetzungsmechanismen nicht an die neue Realität angepasst ist. Außerdem stellt der wirtschaftliche Erfolg Chinas das vom Westen als überlegen propagierte liberale Staats- und Wirtschaftsmodell grundsätzlich infrage.

Je stärker sich das Dynamische Dutzend auf der internationalen Bühne etabliert, desto notwendiger ist die Neuorientierung deutscher Politik. Dies gilt unabhängig von den jüngsten verhalten optimistischen Wachstums- und Arbeitslosen-

zahlen: Da die exportgetriebene Erholung im Wesentlichen durch auslaufende staatliche Konjunkturpakete in Drittländern und konjunkturelle Lagereffekte getrieben ist, signalisiert dies noch keine dauerhafte Dynamik. Zudem sagen die Zahlen nichts über die relative Schwäche des Landes im Vergleich zu den aufstrebenden Mächten aus.

Selbst wenn Deutschland die Krise also überraschend gut überstehen dürfte, sollte die Bundesregierung auf die globale Machtverschiebung wie folgt reagieren:

- *1. Wirtschaftskräfte stärken.* Sie stellen die Grundlage für den globalen Gestaltungsanspruch des Landes dar. Hierzu fördert die Bun-

Je stärker sich das „Dynamische Dutzend“ auf der internationalen Bühne etabliert, desto notwendiger ist die Neuorientierung deutscher Politik.

desregierung Investitionen in Zukunftstechnologien, hilft bei der Sicherung der Versorgung mit wichtigen Rohstoffen und verzahnt ihre Außen-, Wirtschafts- und Entwicklungspolitik.

- *2. Staatliche Handlungsfähigkeit sichern.* Über die Standardformeln von Wohlstand und Wachstum, Freiheit und Sicherheit hinaus verschafft sich Deutschland Klarheit über seine Ziele in einer veränderten Welt. Diese Positionsbestimmung ist Teil einer notwendigen strategischen Kultur und liefert den Rahmen für die bereits begonnene Sanierung der Staatsfinanzen.
- *3. Globale Mitverantwortung fördern.* Partnerschaften auf Augenhöhe mit dem Dynamischen Dutzend nutzen nicht nur Deutschlands Interessen. Sie ermutigen diese Staaten auch zu stärkerer Verantwortungsübernahme bei der Lösung globaler Probleme, unter anderem durch die Reform globaler Institutionen.

Überzeugungsarbeit gegenüber der eigenen Bevölkerung ist ein zentrales Element dieser Neuorien-

tierung. Manche der oben genannten Schritte plant die Bundesregierung bereits. Dennoch fehlt es in eklatanter Weise an öffentlichem Bewusstsein über das Ausmaß des globalen Wandels und seiner Auswirkungen auf Deutschland. Die gegenwärtige positive Stimmung darf also nicht zu Selbstzufriedenheit führen, sondern stellt vielmehr eine Chance für eine grundlegende geopolitische Weichenstellung dar.

II. Empfehlungen

Die folgenden ausführlichen Empfehlungen zielen auf die deutsche Politik gegenüber dem Dynamischen Dutzend. Dabei sind zwei grundlegende Hinweise zu beachten. Zum einen kann Deutschland diese Gruppe nicht gleichförmig adressieren. Sie besteht aus höchst unterschiedlichen Staaten – fünf aus Asien, drei aus Lateinamerika, jeweils zwei aus Afrika und Europa. Was die Länder jedoch verbindet, sind die beiden Faktoren „Stetige wirtschaftliche Dynamik“ und „Zunehmendes politisches Gewicht für die Lösung globaler Probleme“. Die Darstellung dieser Länder als Gruppe dient dazu, die erfolgten Veränderungen im internationalen Umfeld zu verdeutlichen und ein grundlegendes Umdenken hierzulande zu bewirken. Die Empfehlung einer Strategie gegenüber dem Dynamischen Dutzend versteht sich als Handlungsoption angesichts einer veränderten Machtbalance. Darüber hinaus bedarf es konkreter Strategien für den Umgang mit jedem Einzelstaat der Gruppe.

Zum anderen ist Deutschland selbst fester Bestandteil einer größeren Staatengruppe, der Europäischen Union. Die Empfehlungen zielen nicht darauf, diesen Rahmen zu vernachlässigen oder gar durch bilaterale Politik zu überwinden. Vielmehr sind funktionierende Partnerschaften mit den größten Staaten des Dynamischen Dutzends (wie China, Indien und Russland) mittelfristig nur auf europäischer Ebene wirkungsvoll. Gleichwohl kann und sollte die Bundesregierung

hier durch eigene Initiativen einen gemeinsamen Ansatz fördern. Unter dem Dach der EU können dann einzelne Mitgliedsstaaten komplementäre Partnerschaften mit den Ländern des Dynamischen Dutzends verfolgen.

1. Wirtschaftskräfte stärken

Weltgeltung und politische Einflussmöglichkeiten der Bundesrepublik basieren primär auf wirtschaftlicher Leistung und internationalen Han-

Die Weltgeltung Deutschlands basiert primär auf seiner Wirtschaftskraft, die es durch Forschungsförderung sowie Rohstoff- und Industriepolitik in Partnerschaft mit dem „Dynamischen Dutzend“ zu stärken gilt.

delsverflechtungen. Deutschland sollte also seine Wirtschaftskräfte weiter stärken. Vor dem Hintergrund geopolitischer Machtverschiebungen genießen folgende Bausteine Vorrang:

- Erhöhung der Ausgaben für Forschung und Entwicklung (F&E),
- Entwicklung einer ganzheitlichen Industriepolitik,
- Aufbau neuer Wirtschaftspartnerschaften mit dem Dynamischen Dutzend,
- Sichern der Rohstoffversorgung.

Fundament künftigen Wirtschaftswachstums ist die kreative und vernetzte Wissensgesellschaft. Ziel ist daher das schnellstmögliche Erreichen der jüngst von der „Europa 2020“-Strategie der EU bekräftigten Zielmarke eines F&E-Anteils an der Wirtschaftsleistung von 3 Prozent. Wesentliches Instrument zur Forschungsförderung und damit zur Wachstumsgenerierung ist die steuerliche Absetzbarkeit von F&E-Ausgaben. Sie ist in anderen Ländern bereits üblich. Über die vage Formulierung im Koalitionsvertrag hinaus sollte die Bundesregierung diese Maßnahme umsetzen, um Innovations- und Wachstumspotenziale zu aktivieren.

Eine Säule zur Stärkung der deutschen Wirtschaft ist die Implementierung nachhaltiger Industriepolitik. Statt per Gießkannenprinzip zu fördern, sollte die Politik Zukunftsbranchen aufgrund ihrer bisherigen Stärke auf den Weltmärkten sowie ihres künftigen Wachstumspotenzials identifizieren und diese dann gezielt stärken. Im Fokus stehen Chemie- und Pharmaindustrie, Automobil- und Maschinenbau, Medizintechnik, Nanotechnologie, Gesundheitswirtschaft, Umwelttechnologie, erneuerbare Energien sowie Energieeffizienz. Staatliche Förderung erschöpft sich nicht in finanzieller Unterstützung. Sie sollte auch im Setzen eines verlässlichen Rechtsrahmens sowie der Neuausrichtung staatlicher Beschaffung (zum Beispiel durch die Umstellung des Regierungsfuhrparks auf Elektroautos) bestehen.

Die Stärke der deutschen Volkswirtschaft liegt in vielfältigen und intensiven internationalen Handelsbeziehungen. Um bestehende Marktzüge zu erhalten und zu fördern, sollte die deutsche Politik den wirtschaftlichen Handel und die politische Zusammenarbeit mit den Ländern des Dynamischen Dutzends partnerschaftlicher gestalten. Wer vom Wachstum dieser Länder profitieren will, braucht ein dichtes Informations- und Partnerschaftsnetz. Um diese Märkte der Zukunft für Produkte und Dienstleistungen „Made in Germany“ zu erschließen, ist ein gezielter Auf- und Ausbau deutscher Vertretungen im Ausland in Kooperation mit deutschen Wirtschaftsverbänden notwendig.

Die deutsche Wirtschaft ist exportorientiert und importabhängig zugleich, etwa bei Rohstoffen. Angesichts verschärfter globaler Konkurrenz erwächst in der Sicherstellung der Rohstoffversorgung ein politisches Betätigungsfeld. Als Querschnittsthema erfordert sie die Einbeziehung der Expertise aus verschiedenen Politikfeldern, so zum Beispiel Außenwirtschaft, Handel und Industrie, Umwelt und Landwirtschaft sowie Äußeres, Entwicklung und Finanzen. Zur besseren und höher-

rangigen Koordinierung der Bundesregierung empfiehlt sich die Aufwertung des Interministeriellen Ausschusses zur Rohstoffsicherung durch eine regelmäßig tagende Staatssekretärsrunde.

Angebotsseitig sollte die Bundesregierung ihre Rohstoffdiplomatie mit Schwellen- und Entwicklungsländern verstärken. Hierzu geht sie bilaterale Rohstoffpartnerschaften mit ressourcenreichen Drittländern ein und macht diese zum Schwerpunkt der Entwicklungspolitik gegenüber dem jeweiligen Land. Zusätzlich treibt sie die ent-

Für eine größere ideelle und finanzielle Handlungsfähigkeit braucht Deutschland einen doppelten Mentalitätswandel: Es muss eine strategische Kultur entwickeln und die geopolitische Dimension solider Staatsfinanzen betrachten.

stehende europäische Rohstoffaußenpolitik voran. Ziel eines Europäischen Rohstoffgipfels Ende 2010 ist eine umfassende Strategie zur Sicherstellung der Rohstoffversorgung durch einen Abbau handelsbeschränkender Maßnahmen.

Auf der Nachfrageseite lässt sich die Ressourcennutzung weiter vom Wirtschaftswachstum abkoppeln, um so den Rohstoffbedarf bei gleichbleibendem Wohlstand zu senken. Recycling und Substitution reduzieren nicht nur Abhängigkeiten von Rohstoffimporten, sondern dienen auch dem Umweltschutz. Technologische und wissenschaftliche Unterstützung ist Teil der Rohstoffpartnerschaften, denn in Entwicklungs- und Schwellenländern liegt die Materialintensität oft um ein Vielfaches über derjenigen in hoch entwickelten Ländern.

2. Staatliche Handlungsfähigkeit sichern

Eine Neubestimmung der deutschen Rolle in einer veränderten Weltordnung betrifft staatliches Handeln im Grundsatz. Deutschland braucht einen doppelten Mentalitätswandel: Um seine ideelle Handlungsfähigkeit zu erhalten, muss es eine strategische Kultur entwickeln, die seine Rolle

angemessen berücksichtigt. Um seine finanzielle Handlungsfähigkeit zu bewahren, muss es die Bedeutung solider Staatsfinanzen in ihrer geopolitischen Dimension betrachten.

Hohe Unsicherheit und Volatilität als ständige Begleiter staatlichen Handelns zwingen zu einer strategischen Perspektive. Deutschland verschafft sich in einer veränderten Welt Klarheit, wenn es den Bundessicherheitsrat zu einem umfassenden Koordinierungsgremium aufwertet. Entsandte Experten aus relevanten Ministerien schaffen darin ein Koordinatensystem für die Neupositionierung Deutschlands und entwickeln Grundlagen für strategische Regierungsentscheidungen. Dazu gehört eine klare Arbeitsteilung zwischen nationalen und europäischen Aufgaben. Die Nachwehen der Finanzkrise bieten Gelegenheit für eine öffentliche Erörterung von Deutschlands Rolle in der neuen Normalität. Diese Debatte kann die Regierung nicht verordnen, aber durch eigenes Handeln anregen.

In einer globalisierten Welt ist finanzielle Stabilität zunehmend ein Sicherheitsfaktor. Die im Grundgesetz verankerte Schuldenbremse darf die deutsche Politik nicht dazu verleiten, sich beim Erreichen dieses Ziels von innenpolitischen Motiven lenken zu lassen. Alle Sparbemühungen sind auf Synergiepotenziale mit und etwaige negative Effekte auf Partnernationen innerhalb der EU zu prüfen. Ziel ist es, durch koordiniertes Sparen eine gegenseitige Stärkung zu erreichen.

Schließlich kann Deutschland durch innenpolitische Reformen eine Signalwirkung auf das Dynamische Dutzend ausüben. Diese Staaten sind durch ihre beschleunigte Industrialisierung zunehmend mit uns bereits bekannten Herausforderungen konfrontiert. Somit kann Deutschland eine Vorbildrolle gerade bei Reformen der sozialen Sicherungssysteme oder in der Umweltpolitik einnehmen. Konkret ermöglichen drei Maßnahmen die Sicherung staatlicher Handlungsfähigkeit auch bei geringeren öffentlichen Mitteln: eine weiter-

gehende Reform der föderalen Struktur, zum Beispiel durch die Neugliederung des Bundesgebiets; der Umbau der Bundeswehr mit Blick auf ihre zukünftigen Aufgaben im europäischen und internationalen Kontext; sowie eine umfassende Steuerreform, die auf Kostenersparnis durch Vereinfachung setzt.

3. Globale Mitverantwortung fördern

Die Zeit der Ignoranz gegenüber den durchaus unterschiedlichen Positionen des Dynamischen Dutzends ist vorbei. Dies gilt für Umweltschutzfra-

Die Zeit der Ignoranz gegenüber den durchaus unterschiedlichen Positionen des „Dynamischen Dutzends“ ist vorbei. Durch Partnerschaften auf Augenhöhe ermutigt Deutschland diese Länder zur Übernahme globaler Mitverantwortung.

gen über ökonomische Ungleichgewichte bis hin zur Sicherheitspolitik. Drängende Themen sind Finanzmarktregulierungen durch die G 20 und der Klimaschutz nach Ablauf des ersten Kyoto-Protokolls. Gleichwohl benötigen die Staaten oftmals auch zukünftig Unterstützung bei der Umsetzung globaler Vereinbarungen. Gerade darin besteht weiterhin eine Steuerungsmöglichkeit Deutschlands und seiner westlichen Partner.

Zur Sicherung der geopolitischen Position Deutschlands sollte die Bundesregierung den aktiven Dialog mit dem Dynamischen Dutzend suchen und Partnerschaften auf Augenhöhe anstreben. Gerade wenn eine steigende Zahl wichtiger Akteure bei abnehmenden eigenen Ressourcen Berücksichtigung finden soll, sind eine Fokussierung auf die zentralen Partner (sprich: das Dynamische Dutzend) sowie europäische und transatlantische Synergien essenziell. Ziel ist die Ermutigung zur Übernahme von Mitverantwortung für globale Probleme und die Anpassung von Institutionen der Global Governance an die neuen Realitäten. Diese Partnerschaften sollten grundsätzlich:

- deutsche Wirtschaftsinteressen in den Vordergrund stellen,
- die Verbreitung westlicher Werte unterstützen,
- sicherheitspolitische Aspekte einbeziehen,
- die neuen Geberstaaten unter den Schwellenländern kritisch begleiten.

Darüber hinaus sollten sie die Intensität der jeweiligen bilateralen Beziehungen berücksichtigen. Je nach Politikfeld werden sich die Partnerschaften mit einzelnen Ländern des Dynamischen Dutzends auf beispielsweise Handels- oder Finanzfragen, auf Klima- oder Entwicklungspolitik konzentrieren.

Die Auflösung der bevormundenden Geber-Nehmer-Beziehung mit dem Dynamischen Dutzend erlaubt den Blick auf gegenseitige Interessen und deren Überschneidungen. Also sollte die Entwicklungszusammenarbeit mit diesen Ländern künftig stärker dazu beitragen, auch Ziele der deutschen Außen- und Wirtschaftspolitik zu erreichen. Ein Beispiel ist die Herstellung guter Rahmenbedingungen für kleine und mittlere Unternehmen. Indirekt positiv wirken auch die Förderung von Rechtsstaatlichkeit, die Vereinfachung ausländischer Direktinvestitionen oder Erleichterungen im Handelssystem. Regierung intern stellt der mögliche Rückzug der klassischen Entwicklungszusammenarbeit eine Neuorientierung dar. Ressortübergreifende Länderstrategien sollten mit Hilfe von Zielvereinbarungen ein abgestimmtes Verhalten aller Akteure innerhalb der Bundesregierung sicherstellen.

Deutschland braucht starke und ähnlich denkende Partner. Politische Ziele lassen sich einfacher mit Verbündeten erreichen, die unsere Grundwerte teilen. Nach dem Freedom-House-Index demokratischer Freiheiten gelten sieben Länder des Dynamischen Dutzends als „frei“ – Südkorea, Argentinien, Brasilien, Südafrika, Indien, Indonesien und Mexiko – und drei als „unfrei“ – Russland, Vietnam und China. Die Türkei und

Nigeria werden als „teilweise frei“ eingestuft. Das Gelten von auf westlichen Werten beruhenden politischen und bürgerlichen Rechten in mehr als dem „Halben Dutzend“ impliziert eine hohe Interessenkongruenz. Es stellt somit ein großes geopolitisches Potenzial dar, das es zu fördern und zu verbreitern gilt.

Eine werteorientierte Zusammenarbeit mit diesen Ländern ist kein Gegenpol zu einer interessegeleiteten Partnerschaft. Beide Teile sind Fundament derselben Strategie. Unser demokratisches System einer offenen Marktwirtschaft sieht ja gerade in der Konkurrenz um die besten Ideen, Produkte und Dienstleistungen einen gesamtgesellschaftlichen Mehrwert. Insofern ist es ent-

Die Auflösung der bevormundenden Geber-Nehmer-Beziehung erlaubt den Blick auf gegenseitige Interessen und deren Überschneidungen, sowohl in der Entwicklungszusammenarbeit als auch in der Sicherheitspolitik.

scheidend, dass Deutschland seine Werte über die Attraktivität des eigenen Systems vermittelt, nicht über Konditionalitäten.

Während Außenwirtschaftsförderung und Werteorientierung in der Politik gegenüber Entwicklungs- und Schwellenländern bereits seit einigen Jahren diskutiert werden, spielt die Sicherheitspolitik noch weitgehend eine Nebenrolle. Dabei geht es nicht nur um gesamtstaatliche Stabilität im Dynamischen Dutzend. Vielmehr reicht die Bandbreite sicherheitspolitischer Bezüge von der Produktsicherheit in China bis hin zur Rolle der Türkei und Brasiliens im Atomstreit mit Iran.

Für Deutschland entfalten diese Fragen sowohl als Handelsnation als auch aufgrund seines politischen Verantwortungsanspruchs erhebliche Bedeutung. Aus diesen Gründen sollten Partnerschaften mit dem Dynamischen Dutzend sicherheitspolitische Aspekte systematisch einbeziehen, zum Beispiel durch die Entwicklung der

nationalen Sicherheitsbehörden oder die Einbindung in Friedensmissionen.

Einige Länder des Dynamischen Dutzends treten zunehmend als Geber in Entwicklungsländern auf. Eine Positionierungsmöglichkeit Deutschlands und seiner westlichen Partner besteht in verstärkten „Dreieckskooperationen“ zwischen traditionellen Geberstaaten, den Ländern des Dynamischen Dutzends als Intermediären und Entwicklungsländern als Empfängern. Deutschland sollte eine internationale Vorreiterrolle einnehmen, indem es mit jedem Land des Dynamischen Dutzends mindestens eine Dreieckskooperation eingeht. Die Einbindung der neuen Geber in den Austausch zwischen Geberländern hilft bei der Vermeidung von Duplizitäten der Hilfe. Dass Kredite der neuen Geber die durch Schuldenerlasse entstandenen finanziellen Spielräume der ärmsten Staaten konterkarieren, sollte verhindert werden.

Ein Schlüssel zum Umgang mit den neuen Machtverhältnissen liegt in institutionellen Anpassungen. Langfristig besitzt die G 20, die sich während der Finanz- und Wirtschaftskrise zunächst als effektives Gremium erwiesen hat, weder eine hohe Interessenskongruenz noch eine besondere Legitimation. Eine engere Anbindung an die Vereinten Nationen (UN) verstetigt und stärkt sie als wirksames Instrument internationaler Politik. Hierzu sind eine institutionalisierte Teilnahme von UN-Akteuren an G-20-Treffen, eine gemeinsame Agenda-Setzung sowie die koordinierte Vorbereitung und Umsetzung beschlossener Maßnahmen nötig.

Eine von Europa forcierte überschaubare institutionelle Veränderung besteht darüber hinaus in der Zusammenlegung europäischer Stimmanteile beim Internationalen Währungsfonds. Zu Anfang sollte sich Deutschland mit ausgewählten EU-Partnern auf eine feste informelle Zusammenlegung der Stimmen einigen. Das Gewicht Deutschlands, Frankreichs und Großbritanniens

ergäbe mit über 15 Prozent bereits eine Sperrminorität gegenüber bestimmten Mehrheitsentscheidungen, äquivalent zum Gewicht der USA. Gemeinsam bringen die Euro-Staaten derzeit knapp 23, die gesamte EU rund 32 Prozent auf die Stimmwaage. Wichtiger noch als das förmliche Poolen der Stimmen ist eine enge Abstimmung

Ein Schlüssel zum Umgang mit den neuen Machtverhältnissen liegt in institutionellen Anpassungen, z. B. durch die engere Verzahnung von G 20 und Vereinten Nationen oder die Zusammenlegung der europäischen Stimmen beim IWF.

der europäischen Exekutivdirektoren, um breite Mehrheiten zu erzielen.

In jedem Fall dient eine gebündelte EU-Stimme nicht nur der besseren Durchsetzbarkeit europäischer Ziele. Die so entstehende größere Übersichtlichkeit erleichtert eine ambitionierte Reform des Fonds, unter anderem durch die bessere Berücksichtigung des Dynamischen Dutzends, und wappnet ihn gegen künftige Finanzmarktkrisen.

Die neue Normalität nach der Finanz- und Wirtschaftskrise ist durch eine machtpolitisch zugunsten der Länder des Dynamischen Dutzends verschobene Weltordnung gekennzeichnet. Hieran ändert auch das relativ gute wirtschaftliche Abschneiden Deutschlands nichts. Wenn Deutschland seine globale Handlungsfähigkeit behalten will, muss es sich auf diese veränderte Situation sowie die neuen Akteure einstellen. Hierzu benötigt die Bundesregierung ein strategisches Konzept, das die Außen-, Wirtschafts- und Entwicklungspolitik miteinander verzahnt sowie die Grundlage für neue globale Partnerschaften mit dem Dynamischen Dutzend bildet. Die öffentliche Debatte über diese Neuorientierung Deutschlands in der Welt ist längst überfällig.

Impressum

Alle Rechte vorbehalten.
Abdruck oder vergleichbare Verwendung von
Arbeiten der *stiftung neue verantwortung* ist
auch in Auszügen nur mit vorheriger schriftlicher
Genehmigung gestattet.

Der Policy Brief gibt ausschließlich die persönliche
Auffassung der Autoren wieder und entspricht
nicht notwendigerweise der Meinung der *stiftung
neue verantwortung*.

© stiftung neue verantwortung, August 2010

stiftung neue verantwortung e. V.
Beisheim Center
Berliner Freiheit 2
10785 Berlin
T. +49 30 81 45 03 78 80
F. +49 30 81 45 03 78 97
www.stiftung-nv.de
info@stiftung-nv.de

Konzept und Gestaltung:
Prof. Dr. h. c. Erik Spiekermann
Edenspiekermann AG

Layout:
enoto Medienbüro Berlin

Kostenloser Download:
www.stiftung-nv.de

Über uns

Die *stiftung neue verantwortung* fördert das interdisziplinäre und sektorübergreifende Denken entlang den wichtigsten gesellschaftspolitischen Herausforderungen im 21. Jahrhundert. Durch ihr Fellow- und Associate-Programm bringt die Stiftung junge Experten und Vordenker aus Wissenschaft, Wirtschaft, Politik und Gesellschaft zusammen, die in zeitlich befristeten Forschungsprojekten neue Ideen und Lösungsansätze entwickeln und diese durch Publikationen und auf Veranstaltungen in den öffentlichen Diskurs einbringen.

Arbeitsweise

Die stetig komplexer werdenden Anforderungen einer Multi-Stakeholder-Gesellschaft verlangen ein die Grenzen von Disziplinen und Sektoren überwindendes Denken und Handeln. Das Zusammenführen von Experten und Vordenkern aus Wissenschaft, Wirtschaft, Politik und Gesellschaft schafft das Fundament für eine bestmögliche Analyse und Lösung schwieriger Zukunftsfragen. In unseren Projektteams treffen kontroverse Denkstile, Fragestellungen und Betrachtungsweisen aufeinander. Über trennende Fächer- und Organisationsgrenzen hinweg erschließen sich die Projektteams strategisches Fach- und Führungswissen und erarbeiten konstruktive Lösungen. Jedes Projektteam wird von einem Fellow geleitet, der mit Associates zusammenarbeitet. Die Zusammenstellung jedes Teams hängt von der für eine erfolgreiche Projektarbeit relevanten Themen-, Praxis- oder Prozessexpertise seiner Mitglieder ab.

Weitere Informationen unter: www.stiftung-nv.de